

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgeb.) bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40	Herausgegeben vom <b>Deutschen Bauarbeiterverbande</b> Hamburg 25, Wallstr. 1	Schluß der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 % für die druckgehaltene Zeilgröße oder deren Raum berechnet
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

### Eine deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsgemeinschaft.

Seit zwei Jahrzehnten wird der Gedanke einer mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Deutschland lebhaft erörtert. Man ging von der Voraussetzung aus, daß Deutschland infolge seiner Lage im Herzen Europas in seiner wirtschaftlichen Ausdehnung behindert sei. Daraus erwuchs die Ansicht, ihm ein größeres Betätigungsfeld zu schaffen, auf dem es sich ausbreiten könnte, unabhängig von dem Wohlwollen der andern Weltmächte. Dieser Gedanke hat etwas sehr Bestechendes an sich, doch läßt sich nicht verkennen, daß sich seiner Verwirklichung heute und in absehbarer Zeit noch große unüberwindliche Hindernisse entgegenstellen. Die Selbständigkeit der in Betracht kommenden Staaten ist noch zu groß und ihre Verhältnisse sind noch zu verschiedenartig, als daß eine dauernde wirtschaftliche Einheit geschaffen werden könnte. Darum haben Gegenwarts-Wirtschaftspolitiker, die das Erreichbare erstreben, einstweilen ihr Ziel verkleinert und sich darauf beschränkt, für eine Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn einzutreten.

Für eine solche Wirtschaftsgemeinschaft sprechen neben politischen Gründen, die wir hier außer Betracht lassen, vor allen Dingen Gründe wirtschaftlicher Art. Zunächst kommt hier die räumliche Ausdehnung und die Bevölkerungsdichte des neuen Wirtschaftsgebietes in Betracht. Deutschland hat eine Größe von ungefähr 540 000 Quadratkilometer mit 65 Millionen Einwohnern, Österreich hat eine Größe von rund 300 000 Quadratkilometer mit 25 1/2 Millionen Einwohnern und Ungarn hat eine Größe von 325 000 Quadratkilometer mit annähernd 21 Millionen Einwohnern. Das gesamte Wirtschaftsgebiet würde also eine Ausdehnung von weit über eine Million Quadratkilometer und eine Bevölkerungsdichte von mehr als 100 Millionen aufweisen. Welche wirtschaftliche Arbeit ein solch umfangreiches Gebiet, dem so unendlich reiche natürliche Hilfsquellen zur Verfügung stehen, zu leisten vermag, leuchtet ohne weiteres ein. Und daß es in einer einheitlichen Zusammenfassung und in einem planmäßigen Handelsverkehre zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn besteht, der noch fortwährend im Wachse begriffen ist. Die deutsche Industrie aus Österreich-Ungarn ist in den letzten zehn Jahren von jährlich 427 Millionen Mark auf 828 Millionen Mark, und die deutsche nach Österreich-Ungarn in dem gleichen Zeitraum sogar von 511 Millionen Mark auf 1105 Millionen Mark gestiegen. Wenn man diese Statistik betrachtet, so erklärt sich schon heraus allein das Bestreben, die drei bisher getrennten Wirtschaftsgebiete zu einer Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft zusammenzufügen.

Der Verein für Sozialpolitik hat in dankenswerter Weise über die wirtschaftliche Annäherung eine wertvolle Sammlung von Einzelarbeiten veröffentlicht, als deren Herausgeber Dr. Heinrich D e r n e r gekonnt, und in der unter Thema von den verschiedensten Seiten aus beachtet wird.

Wenn man den Gründen nachgeht, die für oder gegen eine deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsgemeinschaft sprechen, so liegen für Österreich-Ungarn folgende Gründe vor. Der Außenmarkt dieser beiden Länder besteht derzeit zu ungefähr 40 pZt. in einem Gütertausch mit Deutschland. Dies Verhältnis wird noch immer werden, wenn durch eine bis ins kleinste durchgeführte Arbeitsteilung die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft und der Industrie wesentlich gesteigert wird. Offenbar befindet sich die österreichisch-ungarische Volkswirtschaft geradezu den Deutschen gegenüber noch in einem ziemlichen Rückstande: Nicht nur die gewerblichen Betriebe arbeiten vielfach noch in alten überlebten Formen, sondern auch die Landwirtschaft liefert infolge ihrer veralteten Betriebsweise ver-

### Am 4. März ist der neunte Beitrag in diesem Jahre fällig. Mitglieder, die arbeitslos sind, müssen sich zur Kontrolle melden. Wer arbeitslos ist und sich nicht zur Kontrolle meldet, hat den vollen Beitrag zu zahlen.

hältnismäßig geringe Erträge. Österreich-Ungarn produziert eben zu teuer und hat auch zu mangelhafte Verkehrswege, wodurch sich die geringe Ausfuhr erklärt. Die Donaumonarchie leidet vorwiegend darunter, daß sie gerade weder Agrarstaat noch Industrierstaat ist, sondern sich in einem Uebergangsstadium befindet. Den andern Weltmächten gegenüber würde sie natürlich durch einen handelspolitischen Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich wesentlich gewinnen, da die vereinigten Länder ein ungeheures Gewicht an Arbeitskraft und Kaufkraft in die Waagschale zu werfen vermöchten. Auch für Deutschland würde ohne Zweifel die geplante Wirtschaftsgemeinschaft von Vorteil sein. In erster Linie würde in die hochschulmäßige Ausrüstung der letzten Jahre in Bezug auf Österreich-Ungarn eine Welle gesetzt, was eine unnötige Verrentierung der dort vorhandenen Rohstoffe und Zwischengüter zurückzuführen würde. Sodann würde die deutsche Volkswirtschaft ganz ungeheuer angespart und befruchtet werden, wenn sie halt eines Marktes von 70 Millionen Einwohnern solchen von 130 Millionen hätte. Da es einstweilen noch zweifelhaft ist, wieviel ausländische Wirtschaftsgemeinschaften es nach dem Kriege wieder antauchen kann, so ist es unter allen Umständen daran interessiert, sich in Österreich-Ungarn und darüber hinaus in den Balkanstaaten und der Türkei neue Absatzgebiete zu sichern. Es kann gar keinen Zweifel unterliegen, daß Deutschland als das Herz Europas durch die Ausrüstungspolitik seiner Gegner viel schwerer bedröht ist als seine Verbündeten. Und darum ist ein Anschluß an die Donaumonarchie von der größten Bedeutung, zumal da diese wirtschaftliche Gemeinschaft durch ein politisch-militärisches Bündnis und durch eine Volksgemeinschaft unterstützt wird. Zwar gibt es in Österreich-Ungarn noch zahlreiche Vollzeile, die dem Deutschen Reich abnehmend oder feindselig gegenüberstehen, was nicht zum wenigsten auch auf wirtschaftliche Gegensätze zurückzuführen ist; aber wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird eine wirtschaftliche Annäherung manche nationale Vorurteile beseitigen.

Als Gründe gegen eine Wirtschaftsgemeinschaft liegen sich anführen, daß der eine Bundesgenosse, der in diesem oder jenem Wirtschaftsgebiete überlegen ist, den andern erdrücken und ihn außerdem zwingen würde, wertvolle handelspolitische Beziehungen zu andern Staaten aufzugeben. Diese Gefahren liegen sich aber beseitigen, wenn der Uebergang zu der neuen Wirtschaftsform nur allmählich, unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse und unter Schonung der gegenseitigen Interessen vollzogen wird. Die Befürchtung, daß die Staaten, die heute mit Deutschland oder Österreich-Ungarn Weißbrotverträge haben, im Falle einer Wirtschaftsgemeinschaft zu Vergeltungsmaßnahmen gezwungen würden, ist unbegründet. Die verschiedenen Staaten haben sich an die ungleiche Verhandlung in politischen Dingen bereits herab gelassen, daß sie eventuelle Nachteiligkeiten, wenn auch widerwillig, mit in den Kauf nehmen. Anders liegt die Sache natürlich auf dem finanziellen Gebiete, wo die Befürchtung der Zollsenken einen Ausfall an Einnahmen bedeutet, der sicherlich von den Staatskasse des betreffenden Landes als unangenehm empfunden wird. Aber diese Schwierigkeiten können nicht dahin führen, ein solch großes Werk wie die geplante Wirtschaftsgemeinschaft zum Scheitern zu bringen. Ueberhaupt müssen hierbei veraltete Anschauungen und Wertmaßstäbe aufgegeben, und es muß ein Zustand geschaffen werden, bei dem beide Vertragsparteien eine Sicherung und Förderung ihrer Interessen finden.

### Zum bevorstehenden Tarifablauf

haben in der letzten Zeit eine Anzahl Zweigvereine und mehrere Bezirkskonferenzen Stellung genommen. Ueber den Verlauf der Versammlungen und Konferenzen, soweit uns darüber etwas mitgeteilt worden ist, wollen wir nachstehend kurz berichten.

Für den Bezirk Magdeburg fand am 20. Februar eine außerordentliche Bezirkskonferenz statt. Sie war von 69 Delegierten aus 49 Zweigvereinen besucht. 43 keine Vereine, von denen aber die meisten am generalen Tarifvertrag unbeteiligt sind, hatten keinen Vertreter entsandt. Eingiger Verhandlungsgegenstand war die Stellungnahme zum Tarifablauf. Bezirksleiter Kollege Koch führte dazu aus: Unter den gegenwärtigen Verhältnissen könnten natürlich die grundsätzlichen Streitfragen des Tarifwesens nicht diskutiert werden. Für die Konferenz handle es sich im wesentlichen darum, zu dem Lohnangebot der Unternehmer Stellung zu nehmen. Im Bezirk sind 84 Vertragsgebiete am generalen Tarif beteiligt. In fünf andern Gebieten sind die Tarifverträge nicht zum Abschluß gekommen. In den ersten 34 Vertragsgebieten waren am 31. Dezember 1915 noch 5383, in den andern fünf Gebieten 390 Mitglieder unseres Verbandes beschäftigt. Mit den 6876 zum Jahresdienst eingezogenen Mitgliedern sind also insgesamt 12 259 Mitglieder an der Ausregelung der Löhne interessiert. Nach dem Lohnangebot der Unternehmer würden sieben Vertragsgebiete mit 823 Mitgliedern (von denen jetzt 535 im Jahresdienst stehen) 3 Beziehungsweife 4-3 und 27 Vertragsgebiete mit 11 827 Mitgliedern (von denen jetzt 634 Kriegsteilnehmer sind) 4 Beziehungsweife 5-3 Lohnverhöhung erhalten. Dieses Angebot, so führte Kollege Koch aus, beweise, daß die Unternehmer nicht gewillt seien, die gestiegenen Kosten der Lebenshaltung auch nur annähernd auszugleichen, obwohl sie für ihre Arbeiten ganz andere Preise bekämen als vor dem Kriege. Ein Teil der Unternehmer im Bezirk habe aber schon vor Monaten einer Erhöhung des Lohnes zugestimmt. So werde in Bitterfeld und Bitterberg durchschnittlich 15-3 über den Tariflohn gezahlt. In Götzenburg und GutsMuths, Oßersleben, Schönebeck und Tangerhütte gälten die Unternehmer ebenfalls Lohnerhöhungen, ferner ein Teil der Unternehmer in Magdeburg. Diese Unternehmer tragen den Verhältnissen wenigstens in etwas Rechnung.

Kollege Koch wies aus den Berechnungen des Wirtschaftsstatistikers Calver nach, daß die Lebensmittelpreise in der Provinz Sachsen von 1896 bis Juli 1914 um 34,6 pZt., von Juli 1914 bis Oktober 1915 aber um 63,4 pZt. und von 1896 bis Oktober 1915 um 120 pZt. gestiegen sind. Die Löhne der Maurer sind dagegen seit 1896 nur gestiegen: im Tarifgebiet Halle um 81,5 pZt., Magdeburg 75,8 pZt., Dessau 75 pZt., Halberstadt 64,3 pZt., Götzenburg 60,1 pZt., Schönebeck 68,7 pZt., Eßmannsdorf 74 pZt., Wanzleben 92 pZt. Gegenüber der Lebensmittelpreissteigerung ist das eine Verfallsicherung von 28 bis 51,3 pZt. Sollte die Bauarbeiterschaft in die Lage versetzt werden, auch nur so viel Nahrungsmittel zu kaufen wie 1896, so müßte sie in Wanzleben 7-3, in allen andern genannten Orten 10 bis 16-3 Lohnverhöhung erhalten. Sollte aber der Maurerlohn zum Kauf der gleichen Nahrungsmittelmenge ausreichen wie vor dem Kriege, so wären in den einzelnen Orten Lohnverhöhungen von 26 bis 30-3 die Stunde nötig. Die Unternehmer wissen natürlich, so führte Kollege Koch weiter aus, daß die Verhältnisse ganz allgemein so liegen. Trotzdem wollen sie außerordentlich nur einige Pfennige Zulage gewähren. Wir glauben natürlich nicht etwa, daß ein voller Ausgleich herbeigeführt werden kann; wir sind uns der Schwere der Lage mit denen das Baugewerbe zu rechnen hat, wohl bewußt; aber daran müssen wir unter allen Umständen festhalten, daß uns mindestens eine solche Lohnerhöhung gewährt werden muß, daß wir wieder auf derselben Stufe der Lebensverhältnisse stehen wie im Jahre 1896. Eine Erhöhung des Stundenlohnes um 15-3 müßte zum mindesten überall von den Unternehmern gefordert werden.

Dem Referat unseres Kollegen Koch folgte eine rege Aussprache, an der sich 21 Delegierte beteiligten. Unter ihnen waren nur zwei, die mit den bis jetzt in die Wege geleiteten Maßnahmen zur Tarifbewegung nicht einverstanden waren. Kollege Silberhmidt als Vertreter des



Verbandsvorstandes legte in längeren Ausführungen den Standpunkt des Vorstandes dar, und die Vertreter der einzelnen Bezugsgebiete erkannten auch an, daß der Vorstand des Verbandes in vollem Umfange getan habe, was ihm zu tun möglich war. Ob es nochmals zu generalen Verhandlungen komme, sei ungewiß. Für den Fall, daß das geschehen und daß die Verhandlungen doch noch ein Ergebnis haben sollten, empfahl er die Wahl einiger Kollegen, die im Falle vom Verbandsvorstand bei wichtigen Entscheidungen mit herangezogen werden könnten. Die Konferenz stellte dem Verbandsvorstand anheim, im Sinne der gegebenen Rücksprache weiter zu wirken. Nebenbei soll sofort überall versucht werden, mit den örtlichen Unternehmerorganisationen zu verhandeln. Die Kollegen Berger aus Halberstadt, Sahn aus Magdeburg, Krefler aus Staßfurt, Fricke aus Wittenberg und Wolf aus Halle wurden bestimmt, im Bedarfsfälle dem Rufe des Verbandsvorstandes zu folgen.

Die Leitung für den Bezirk Südbayern hatte am 20. Februar die Vertreter der südbayerischen Zweigvereine zu einer außerordentlichen Konferenz in München eingeladen, um zu der Tarifbewegung Stellung zu nehmen. Vertreten waren 28 Zweigvereine durch 28 Delegierte. Kollege G a r t l hielt die Konferenz in großen Zügen die Ereignisse, die sich seit der letzten südbayerischen Bezirkskonferenz im Jahre 1912 abgepielt haben. Er wies auf die Einführung der Arbeitslosenunterstützung hin und hob lebhaft hervor, daß die Verwaltungen der Zweigvereine, nicht zuletzt der kleinen Zweigvereine, auch in dieser Richtung voll und ganz ihre Pflicht erfüllt und sich rüch in die neue Aufgabe eingearbeitet haben. Der Krieg habe dem Verbande wohl schwere Wunden geschlagen, die Organisation sei aber keineswegs schwach geworden. Die Finanzkraft des Verbandes sei heute noch vollständig gesichert, und wenn auch schwere Aufgaben an den Verband herantraten, so würden doch die Ansprüche der Mitglieder jederzeit befriedigt werden können, ohne daß der Standpunkt gefährdet werde.

Ueber unsere Stellungnahme zur Tarifbewegung sprach ebenfalls Kollege G a r t l. Er wies darauf hin, daß der Arbeitgeberbund im Bezirk seinerzeit die Gewährung von Teuerungszulagen rundweg abgelehnt habe. Damals liegen unsere Kollegen die Angelegenheit ruhen, weil sie sich sagten, daß ja der Vertrag in nicht allzu fernem Zeit ablaufe. G a r t l schilderte ausführlich die Verhandlungen in Berlin und kam zu dem Schluß, daß der weitere Gang der Dinge heute noch ganz unklar sei. Auf alle Fälle müsse man mit der Möglichkeit rechnen, daß eine Einigung nicht zustande komme und die Verträge einfach ablaufen. Die Unternehmer glauben vielfeicht, daß die Arbeitgeberstände dem Arbeitgeber gegenüber heute nicht mehr so aktionsfähig seien wie früher; sie sollten sich aber jetzt ein lassen, daß der Mut der Arbeiter nicht um ein Geringes sinken werde. Das würde der Arbeitgeberbund erleben, wenn er etwa die Absicht haben sollte, die Arbeiter, wie 1910, wieder in einen Kampf zu treiben. Die beste Lösung wäre zweifellos wieder ein Vertragsabschluß. Komme eine vertragslose Zeit, so würden doch wohl örtliche Kämpfe nicht ausbleiben. Man würde in den einzelnen Orten versuchen, herauszufinden, was herauszukommen ist. Was bei den zentralen Verhandlungen verlangt wurde, gab es keineswegs über das hinaus, was in Wirklichkeit dem Arbeiter zugestanden werden mußte und was die Arbeitgeber bei den Preisen, die ihnen insbesondere von der Militärverwaltung gezahlt werden, un schwer leisten können. Bei dieser Sachlage sei eines notwendig: die Geschlossenheit und Einigkeit der Organisation, die innere Kraft und Stärke jedes einzelnen Zweigvereins. Schließlich wies der Referent auf den Einwand der Arbeitgeber hin, daß die Arbeiter selbst diese hohen Forderungen gar nicht stellen, daß sie sich mit weit weniger bescheiden würden und daß die hohen Ansprüche lediglich von den Vertretern der Organisationen kämen. Diese Unterstellung müßte mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Sinter den Forderungen siehe die ganze organisierte Bauarbeiterschaft, weil sie diese als notwendig erkannt habe in der Zeit der gewaltigen Verteuerung aller Lebensverhältnisse. Und wenn den Arbeitgebern wirklich etwas am Frieden gelegen sei, dann müßten sie den Arbeitern anders entgegenkommen, als das bei den letzten Verhandlungen der Fall war. — Am 20. Februar schloß sich eine rege Diskussion, aus der hervorging, daß im allgemeinen der Wunsch besteht, wieder ein Vertragsverhältnis zustande zu bringen. Es wurde aber auch mit allem Nachdruck der Standpunkt vertreten, daß es sich keinesfalls um ein Vertragsverhältnis um jeden Preis handeln dürfe. Die bisherigen Angebote des Arbeitgeberbundes wurden von allen Diskussionsrednern geschlossen als ungenügend bezeichnet; die außerordentliche Verteuerung der ganzen Lebenshaltung, für die bestehende Diskussionsredner schlagende Belege beibrachten, sollte den Arbeitgebern doch klar vor Augen führen, daß mit Stagnation, wie sie in den zentralen Verhandlungen zum Ausdruck kamen, einfach nichts anzufangen ist. Ewentliche Redner verlangten Vorschläge, die es dem Bauarbeiter ermöglichen, den veränderten Lebensbedingungen einigermaßen gerecht zu werden. Nach einem Schlußworte des Bezirksleiters G a r t l wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute, am 20. Februar, im Gewerkschaftshaus in München tagende südbayerische Bezirkskonferenz des Deutschen Bauarbeiterverbandes nimmt Kenntnis von dem Beschlusse der am 11. und 12. Februar in Berlin getragenen zentralen Unterhandlungen. Die Konferenz er-

achtet das Zugeständnis der Vertreter des Arbeitgeberbundes als völlig unzureichend, da es in keiner Weise den gerechten Anforderungen der Arbeiterentspricht, die unter den heutigen Teuerungsvoraussetzungen so schwer zu leisten hat. Die Konferenz erachtet und beauftragt die der Verhandlungskommission angehörenden Vertreter des Deutschen Bauarbeiterverbandes, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Lohnverhöhung oder Teuerungszulage zur Durchführung gelangt, die es dem Arbeiter ermöglicht, auch seinen Verpflichtungen gegenüber seiner Familie, gegen Gemeinde und Staat nachkommen zu können. Die Konferenz ist sich der Notwendigkeit wohl bewußt, im Interesse der inneren Einigkeit Deutschlands eine Vereinbarung herbeizuführen, die ein geistliches Zusammenarbeiten auch im Baugewerbe ermöglicht, muß aber jede Verantwortung abweisen für die Folgen, die der bisherige, geradezu ungenügende Standpunkt der Vertreter des Arbeitgeberbundes eventuell noch sich ziehen könnte. Die Konferenz stimmt dies um so mehr auszusprechen zu können, als bei den derzeit auszuführenden Arbeiten, speziell bei den Militärarbeiten, die heutigen Verhältnisse wohl berücksichtigt sind und dadurch den Arbeitgebern jederzeit die Möglichkeit gegeben ist, den wasserrechtlichen Wünschen der Arbeiter nachkommen zu können. Die Konferenz ist der Überzeugung, daß die Durchführung der ganzen Kraft an dem Ausbau der Organisation mitarbeiten, um auch in Zukunft jederzeit die Interessen der baugewerblichen Arbeiter wahren zu können.“

In Dortmund besaßigte sich am 13. Februar eine Mitgliederversammlung mit dem Tarifabschl. Kollege D e n t h a l aus Hamburg referierte und Kollege K r a f t gab den Bericht über die Verhandlungen in Berlin. Es fand eine sehr rege Diskussion statt, in der alle Redner ausdachten, daß das Angebot der Unternehmer als zu niedrig abgelehnt werden müsse. Selbst bei einer Zulage von 15 %, so wurde von den Kollegen ausgesprochen, müßte die Arbeiterschaft noch einen sehr großen Teil der Lebensmittelerhöhung auf ihre Schultern nehmen. Nach ausgiebiger Diskussion wurde das Angebot der Unternehmer einstimmig abgelehnt und ausgesprochen, daß man trotz des Wertes, den man den Tarifverträgen beilegt, lieber ohne Vertrag arbeiten, als bei so minimalen Zulagen den Vertrag verlängern wolle. Auch in D o r t m u n d wurde das Angebot der Unternehmer abgelehnt. Am 14. Februar fand in G a g e n, am 15. Februar in Wilsbelmstal für den Zweigverein B i d e n s e i d e, am 16. in S ö r d e und am 17. in W i t t e n eine Versammlung statt. Überall war die Diskussion äußerst rege und die Stimmung der Kollegen sehr gut. In allen Versammlungen kam man zu dem gleichen Beschluß wie in Dortmund. Auch in B i e l e f e l d, G e r f o r d, M i n d e n und C e n t n a u s e n wollen unsere Kollegen von der Verlängerung der Verträge mit so unzureichenden Zulagen nichts wissen. Lieber ohne Vertrag arbeiten, als sich mit solchen Zulagen abfinden, war auch hier der Grundton aller Diskussionen. In M i n d e n und C e n t n a u s e n waren die Kollegen einmütig der Meinung, daß die Zulagen so hoch sein müßten, daß durch sie drei Viertel der Teuerung ausgeglichen werden könne. In G a g e n wurde in der Diskussion festgestellt, daß die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ die Leffentlichkeit wieder irreführen versuche, indem sie in ihrer Nr. 3 fälschlich, der Bauarbeiterzeitung seien dieselben Lohnverhöhungen angeboten worden wie dem Malergewerbe. Dies ist unzutreffend. Im Malergewerbe seien für Orte mit mehr als neunhundert Arbeitern 5 % und für Orte mit neunhundert Arbeitern 6 % festgesetzt worden. Im Baugewerbe dagegen sollten Orte mit weniger als 5000 Einwohner 4 %, Orte mit mehr als neunhundert Arbeitern 5 % und Orte mit neunhundert Arbeitern 6 % Zulage haben. Im Malergewerbe habe eine verhältnismäßig erheblich größere Anzahl Berufscollegen die neunhundert Arbeitern 5 % im Baugewerbe. In G a g e n zum Beispiel würden die Maler und Anstreicher 6 %, die Bauarbeiter aber, weil sie eine längere als neunhundert Arbeitern 5 % erhalten. Von 4 % sei im Malergewerbe gar keine Rede. Lediglich fände es unzulässig für die Bauarbeiter nicht nachzugeben sein, welche Lohnverhöhung die Arbeiter eines anderen Berufes, in dem die Verhältnisse sehr viel schwieriger und die Arbeiten erheblich leichter als im Baugewerbe sind, erhalten. Die Versammlung nahm alsdann folgende Entschlußfassung an: „Die am 21. Februar in G a g e n stattgehabene Mitgliederversammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem unzureichenden Angebot des Arbeitgeberbundes. Sie bekennt, daß durch dessen Schuld die Verhandlungen gescheitert sind. Die Versammlung beabsichtigt eine Lohnverhöhung von 5 % als absolut unannehmbar und kann nur dann einer erheblich höheren Angebot zustimmen, wenn ein erheblich höheres Angebot gemacht wird. Die G a g e n Bauarbeiterzeitung fordert eine Erhöhung des Stundenlohnes von 14 %, und zwar 7 % für Bauhilfsarbeiter und 5 % für Maurer. Sie ist sich trotz jeder solchen Zulage bewußt, daß sie auch dann noch den größten Teil der Teuerung selbst zu tragen hat. Die Versammlung verpflichtet sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung dieser Forderung einzutreten. Sie verpflichtet sich, ihre ganze Kraft für die Stärkung des Deutschen Bauarbeiterverbandes einzusetzen, da nur durch eine feste Organisation die Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessert werden können.“

Eine stark besuchte Versammlung unserer Kollegen in D e s d e n nahm am 22. Februar Stellung zu den Reichstagsverhandlungen. Sie lehnte den von den Unternehmern angebotenen Kriegszuschuß von 6 % für Dresden einstimmig ab und forderte eine höhere Zulage, da die Steigerung der Lebensmittelpreise nach einwandfreien Statistiken 70 p. Ct. betrage und Dresden außerdem die teuerste Stadt im Reich sei. Die Versammelten erklärten sich bereit, während des Krieges Opfer zu bringen, glauben aber auch bei einer höheren Zulage dies noch in vollem Maße zu tun. Sie erwarteten ein höheres Angebot auf gutem Wege, sind aber auch bereit, im Bedarfsfalle ihr Recht auf Verteilung zu verteidigen. Zu M a i n z lehnte eine Versammlung ebenfalls das Angebot der Unternehmer ab. In einer Resolution wurde ausgesprochen, daß die Unternehmervertreter den Bauarbeitern eine Lohnzulage von mindestens 20 % bis 25 % die Stunde ausgehoben müßten, um diesen einen genügenden Teil der Lasten der Teuerung abzunehmen. Die Versammlung erachtet, daß die am 20. Februar in Berlin stattgehabene Generalversammlung der Unternehmer den Bauarbeitern bedeutend höhere Löhne gestiftet, und sie hofft, daß das soziale und vaterländische Empfinden stärker zum Ausdruck gelangen werde. Die Versammlung war der Meinung, daß wenn die Unternehmer keine andere als die angeführten Angebote machen, der Vertrag mit dem 31. März 1916 ablaufen soll. Sie erklärte sich mit dem Verhalten der Verhandlungssteuerner vollständig einverstanden und verlangte von ihnen, daß nur auf dieser Grundlage der Vertrag verlängert werde.

In W o r d e n a m erklärte eine Versammlung unserer Kollegen das von den Unternehmern gemachte Angebot ebenfalls für ungenügend, zumal die Mehrzahl der Unternehmer fläussliche oder Sverearbeitern ausführen, für die Preise gezahlt werden, die ein höheres Angebot einfach als selbstverständlich erscheinen ließen. Die Versammlung beschloß einstimmig, daß die Bauarbeiter nur einem Tarifvertrag zustimmen könnten, der eine Lohnverhöhung bringt, die einmütig im Vergleich zu der fordernden Teuerung steht. Sie erklärte daher ihre Zustimmung zu der abschließenden Stellung der Verhandlungssteuerner. Die Versammlung forderte 18 % Lohnverhöhung die Stunde. Sollten die Arbeitgeber für eine solche Lohnverhöhung nicht zu haben sein, so wird auf die Tarifvermittlung verzichtet und einer vertragslosen Zeit der Vorgang gegeben. Auch in E m d e n beschloß eine Versammlung unserer Kollegen, für die Tarifverlängerung eine Lohnverhöhung für Maurer von 18 %, für Hilfsarbeiter eine solche von 20 % die Stunde zu fordern. Bei dieser Forderung wird berücksichtigt werden, daß jetzt die tarifliche Arbeitszeit von zehn auf neun-einhalb Stunden ohne Lohnausgleich vergrößert wird. Die Unternehmern waren 1916 beim Tarifabschl. nicht zu bewegen, für die Arbeitszeiterhöhung einen Lohnausgleich während dieser Vertragsperiode zu gewähren, sie stellen diese vielmehr bei der Tarifverlängerung für 1916 in Aussicht. Bedauernd wurde, daß trotz der verhältnismäßig niedrigen Löhne im Hochbaugewerbe die Unternehmer nicht für eine Teuerungszulage zu haben seien, während die Tiefbauunternehmer, die schon höhere Löhne als im Hochbau üblich gezahlt, Teuerungszulagen von 4 bis 6 % die Stunde begehrt haben. Die Versammlung war einmütig der Meinung, daß eine Tarifverlängerung nur mit der erwünschten Lohnverhöhung in Betracht kommen könnte; sonst sollte von jeder Tarifverlängerung Abstand genommen werden. In W i d e n s e i d e wurde einstimmig eine Lohnverhöhung von 15 % die Stunde verlangt. Das sei das mindeste, das der neue Vertrag bringen müsse. Auswärtige Firmen zahlten am 1. Feb. 70 %, also 10 % die Stunde über den Vertrag. Ein Beweis, daß der jetztige Tariflohn für die örtlichen Verhältnisse viel zu niedrig sei. Beim Neubau der Lungerheilanstalt beschäftigten die Firmen John Jensen, weil Bauhilfsarbeiter für den Lohn nicht zu bekommen sind. Die Entlohnung der Frauen ist ungenügend. Die Versammlung ist zwar bei der Meinung, daß die Tarifverlängerung diese unzulässigen Zustände beseitigen müße.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat am 15. Februar an seine Unterverbände das nachfolgende Schreiben verbannt:

An die Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe.

Die Verhandlungen über Verlängerung des Reichstagsvertrages für das Baugewerbe, die am 11. und 12. Februar dieses Jahres im Reichstag des Innern zwischen den Vertretern des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und der drei großen deutschen Bauarbeiter-Zentralverbände stattgefunden haben, sind ergebnislos verlaufen, weil den Arbeitgebervertretern die von den Arbeitgebern in Aussicht einer angemessenen Kriegszulage bestehende Lohnverhöhung nicht genügt. Die außerordentliche Höhe der Kriegszulage hat aus der ungenügend abgedrungenen kurzen amtlichen Niederschrift. Ausdruck des vollständigen Stagnations erhalten die Verbände später.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe wird zum 20. Februar dieses Jahres seine Hauptversammlung nach Berlin einberufen, um zu der durch die Ablehnung der Arbeitgeberverbände geschaffenen Lage Stellung zu nehmen, die es nicht ausgedrückt erscheinen läßt, daß dem deutschen Baugewerbe eine tariflose Zeit bevorsteht.

Den zu der Hauptversammlung abgeordneten Vertretern der Arbeitgeberverbände wird empfohlen, die Zustimmung der Arbeitgeberverbände zu erteilen und in der Hauptversammlung zur Kenntnis des Bundesvorstandes zu bringen.

Die nächste Zukunft fordert von allen Bundesmitgliedern eineigentliches Zusammenhalten. Was zu erreichen hat, bestimmt die Hauptversammlung. Was davon dürfen selbstverständlich von den Bundesmitgliedern weder irgendwelche neuen Teuerungszulagen an ihre Arbeiter bewilligt, noch Vereinbarungen oder Sonderverträge mit den Arbeitern oder ihren Organisationsstellen geschlossen werden!

Mit Bundesgruß

Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

Der Vorsitzende: G. W e g e n s.

Der Vorstand des Arbeitgeberbundes bezeichnet die gebotenen Zulagen in dem vorstehenden Rundschreiben als „angemessen“. Die gebotenen Zulagen bedeuteten für die Arbeiter eine Erhöhung ihrer Löhne um durchschnittlich 8 pZt. Die Lebensmittel sind aber um das Sechsfache bis Achtfache dieses Prozentsatzes gestiegen. Würde der Vorstand des Arbeitgeberbundes eine achtprozentige Erhöhung der Preise für Bauarbeiten auch für „angemessen“ halten, wenn sich die Herstellungskosten der Bauten um mindestens 50 pZt. gesteigert hätten? Bis jetzt haben wir von einer solchen Weisheit der Bauunternehmer noch nichts gemerkt; wir haben im Gegenteil nachweisen können, daß die Bauunternehmer gleich nach Ausbruch des Krieges von den Militärbaubehörden Preisbeschränkungen gefordert und auch erhalten haben, die zum Teil — wie in Danzig — über die Verteuerung der Herstellungskosten für Bauten weit hinausgingen. Die Arbeiter dagegen haben sich von vornherein bereit erklärt, einen sehr erheblichen Teil der Verteuerung auf die eigene Schulter zu nehmen. Der Arbeitgeberbund sollte sich unter diesen Umständen darauf hüten, die Ansprüche der Arbeiter als „unangerechnet hoch“ zu bezeichnen. Sie reichen in keinem Falle auch nur im entferntesten an die Verteuerung der Lebensmittel heran.

Wird sich der Vorstand des Arbeitgeberbundes in dem vorstehenden Rundschreiben den Anschein, als ob er sich aus einer tariflosen Zeit nur wenig mache, so schlagen die Unternehmerblätter in dieser Beziehung einen andern Ton an. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ für das Baugeschäft meint, daß mit einer tariflosen Zeit „keiner Seite gedient“ wäre. An der Intention sei man der Meinung, daß eine Möglichkeit beiderseitigen opferwilligen Mitarbeitens an dem wirtschaftlichen Aufblühen des Baugeschäftes gesucht, gesunden und beschaffen werden müsse, so allerdings, daß dabei dem Arbeiter vor allen Dingen über die Verteuerung der Arbeitszeit hinweggeholfen werde, dem Bauwilligen aber auch durch Verteuerung nicht die Lust zum Bauen verhehle“. Der Vorstoß freilich, den das Blatt zur Erhaltung des verteilten Friedens macht, scheint uns wenig Erfolg zu versprechen. Es glaubt nämlich, sein Ziel nie so zu erreichen durch eine etwa fünfprozentige Lohnsenkung und eine Verlängerung der Arbeitszeit auf elf Stunden.

Die „Weltdeutsche Arbeiterzeitung“ sagt: „Die Tarifverhandlungen im deutschen Baugeschäft sind gescheitert! ... Sollen damit alle Brücken für die Erhaltung des Friedens im Gewerbe abgebrochen sein? Wir wollen es nicht hoffen. Kläglich wäre es, wenn, während draußen vor dem Feinde Arbeiter und Arbeiternehmer Schulter an Schulter kämpfen, hier in der Heimat es nicht möglich sein sollte sich zu verständigen.“ Das Blatt untersucht dann die Verhältnisse des weitverbreiteten Baugeschäftes und meint: Es auf Seiten der Arbeitgeber die Möglichkeit mit dem Angebot des Arbeitgeberbundes erachtet sei, sei schwer zu sagen. Das Baugeschäft habe gemäß die Pflicht, für das Wohlergehen seiner Arbeiter besorgt zu sein; aber auch die Arbeiter hätten die Pflicht, dazu ihr Möglichstes zu tun. Es wird dann auf die Möglichkeit von Affordarbeit und Heberarbeiten hingewiesen und angebetet, daß die Arbeitgeber mit freudigerem Herzen zu Verhandlungen bereit wären, wenn sie sähen, daß die Arbeiter zunächst durch eigene Kraft einen Teil der Verteuerung überwinden.

Uns scheint, die „Arbeitgeberzeitung“ sucht hier den Sachverhalt zu verschleiern. In Wirklichkeit ist es doch so, daß die Arbeitgeberverbände bei der Forderung von Verteuerungszulagen zuerst jedes Entgegenkommen abgelehnt und die Arbeiterschaft aufs äußerste verärrert haben. Unter diesen Umständen konnten sie von den Arbeitern kein Entgegenkommen hinsichtlich der Leistung von Lieberstunden erwarten. Auch was der Arbeitgeberbund bei den Berliner Verhandlungen angeboten hat, ist nicht geeignet, die Arbeiter zu größerem Entgegenkommen zu veranlassen. Daß den Arbeitern die Not des Vaterlandes nicht gleichgültig ist und daß sie in Notfällen auch die Leistung von Lieberstunden nicht ablehnen — vorausgesetzt, daß sie dafür die tarifmäßigen Zuschläge erhalten — haben sie in vielen Fällen, wo die Unternehmer gegen den Willen des Arbeitgeberbundes Verteuerungszulagen gälten, bewiesen.

Der „Baumaterialienmarkt“ stellt die unrichtige Behauptung auf, die Arbeitgebervertreter hätten bei den Verhandlungen eine Lohnsenkung von 25 bis 30 pZt. gefordert, und fügt dann fort: „Der Arbeitgeberbund hat neuerdings ein Rundschreiben an seine Mitglieder erlassen, in dem er die Befürchtung ausdrückt, daß es zu einer tariflosen Zeit kommen könnte. Das wäre unseres Erachtens im beiderseitigen Interesse zu bedenken, und es sollte nichts unversucht gelassen werden, um doch noch auf einen Mittelweg zu einer Einigung zu gelangen.“

### Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbände.

#### Ergebnis der Feststellung vom 21. Februar.

Das dieswöchige Ergebnis ist leider unvollständig, weil der Bericht aus dem Bezirk Königsberg ausgeblieben ist. In den an dem Bericht beteiligten Bezirken hat die Zahl der vorstehenden Zweigvereine um zwei abgenommen. Es sind das die beiden Vereine Regenwalde und Gülzow aus dem Bezirk Stettin, wo jetzt auch das letzte Mitglied zum Seere einberufen ist. Die Zahl der berichtenden Vereine ist in diesen Bezirken die gleiche wie in der Vormode, doch zählt der Bericht diesmal 85 Mitglieder weniger. Arbeitslos waren 3426 Mitglieder — 4,28 pZt. gemeldet, in der Vormode 3281 Arbeitslose = 3,94 pZt. Obwohl ein Bericht in diesem Bericht fehlt, ist die Zahl der Arbeitslosen doch um 195 oder um 0,84 pZt. höher. Weniger als 1 pZt. Arbeitsloser meldeten diesmal nur die beiden Bezirke Frankfurt und Bremen. In den übrigen Bezirken war das Verhältnis der Arbeitslosigkeit wie folgt: Geln 1,1 (1,1) pZt., Dortmund 1,8 (1,3) pZt., Karlsruhe 1,8 (unter 1) pZt., Hannover 1,8 (1,8) pZt., Magdeburg 1,9 (unter 1) pZt., Hamburg 3,2 (2,5) pZt., Leipzig 4,2 (3,5) pZt., München 4,8 (4,8) pZt., Straßburg 4,6 (5) pZt., Gertfurt 5,2 (4,9) pZt., Berlin 5,5 (4,5) pZt., Dresden 5,5 (5) pZt., Stuttgart 6,7 (6,2) pZt., Breslau 6,9 (8,8) pZt., Nürnberg 7 (6) pZt., Hofstadt 8,2 (8,7) pZt., Stettin 13,4 (10,6) pZt. und Bromberg 18,5 (19,3) pZt. Die eingeklammerten Zahlen sind die aus der Vormode. In den Bezirken Straßburg, Hofstadt, München, Bromberg und Breslau ist das Verhältnis der Arbeitslosigkeit seit der Vormode zwischen 0,4 und 1,9 pZt. zurückgegangen. In allen übrigen Bezirken hat es zugenommen. Bromberg und Stettin hatten auch in dieser Woche wieder die weitaus größte Arbeitslosigkeit.

Bezirk	Zahl der Zweigvereine	Davon haben Bericht	In den berichtenden Zweigvereinen	
			betrag die Mitgliederzahl am Schluß der abgelaufenen Woche	erhielten in der abgelaufenen Woche Verteuerungszulagen
1. Königsberg	—	—	—	—
2. Bromberg	36	36	1502	—
3. Stettin	58	58	1732	—
4. Breslau	57	57	3974	—
5. Weifen	85	84	8810	—
6. Magdeburg	92	92	6949	—
7. Gertfurt	43	43	2715	—
8. Frankfurt	15	15	5522	—
9. Geln	15	15	3353	—
10. Dortmund	17	17	2810	—
11. Hannover	46	46	3372	—
12. Bremen	32	32	3239	—
13. Hamburg	74	74	5846	—
14. Hofstadt	63	63	1833	—
15. Dresden	17	16	8579	—
16. Leipzig	82	80	9923	—
17. Nürnberg	25	25	2747	—
18. München	38	34	3488	—
19. Stuttgart	9	9	1245	—
20. Karlsruhe	16	16	2580	—
21. Straßburg	11	7	238	—
Zusammen	831	819	79987	—

#### In den berichtenden Zweigvereinen waren am Feststellungstage arbeitslos:

Bezirk	Arbeiter	Sofort arbeitslos	Warten	Gruppe	Geldlos	Hilfslos	Aber nicht	Geldlos	Zusammen
2. Bromberg	244	31	—	3	—	—	—	—	278
3. Stettin	204	25	—	2	1	—	—	—	232
4. Breslau	229	36	1	8	—	—	—	—	274
5. Weifen	255	15	150	10	2	—	—	—	482
6. Magdeburg	101	29	—	—	—	—	—	—	130
7. Gertfurt	128	7	—	1	—	1	3	—	140
8. Frankfurt	16	3	1	11	1	—	—	—	32
9. Geln	15	3	1	12	2	—	—	—	33
10. Dortmund	24	5	—	2	—	—	—	—	31
11. Hannover	48	10	—	3	1	—	—	—	62
12. Bremen	19	6	—	—	—	—	—	—	25
13. Hamburg	146	23	—	8	11	—	—	—	188
14. Hofstadt	133	21	—	—	—	—	—	—	154
15. Dresden	397	74	—	1	2	1	—	—	475
16. Leipzig	336	67	4	5	1	—	—	—	414
17. Nürnberg	120	45	1	24	—	—	—	—	191
18. München	106	29	4	9	3	—	—	—	151
19. Stuttgart	36	5	—	38	4	—	—	—	83
20. Karlsruhe	19	3	—	12	—	—	—	—	34
21. Straßburg	3	5	—	2	—	—	—	—	11
Zusammen	2679	477	27	292	36	4	11	—	3426

### Berichte.

**Hohenstein-Ernstthal. (Fabrikbericht.)** Das Jahr 1915 schloß mit großer Arbeitslosigkeit ein, so daß viele Arbeiter gezwungen waren, auswärtige Arbeit anzunehmen, teils in Bitterfeld, Hirschpöhlen und Belgien. Erst Mitte Sommer wurde der lange geplante Bau der Gasanstalt begonnen, an dem dann eifrige Mitglieder Arbeit bekamen. Viele Meister haben zunächst nur den vorjährigen Tariflohn und erst durch unser wiederholtes Drängen endlich den diesjährigen Tariflohn bezogen. Auch der Arbeitslohn für die Arbeiter wurde der Zweigverein keine Aufmerksamkeit zu, indem er dem Verein Beiratsmitglied der Stadt Hohenstein-Ernstthal beitrug. Die Verhandlungen, die bloß nach Bedarf abgehalten wurden, liefen hinsichtlich des Verdienstes viel zu wünschen übrig. Es herrscht eine große Unzufriedenheit unter den Mitgliedern, wegen auch diesseitigen Bedürfnis unterdessen nicht geachtet hat. Die Arbeitslosenmeldung hat sich ganz gut eingeführt, und es ist zu wünschen, daß alle Kollegen diese ebenfalls beachten.

Am Schluß des vierten Quartals waren 195 Mitglieder zum Seeresdienst eingezogen, von denen leider bereits 9 Mann gefallen sind. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des vierten Quartals 1914 223; davon sind abgezogen 19, ausgezogen 12, zum Seeresdienst eingezogen 48, wegen Beitragsrückständen gestrichen 10 Mitglieder, so daß der Mitgliederbestand Ende 1915 72 betrug. Für die Hauptlaste wurden M 2187,20 eingenommen. An Arbeitslosen- und Notstandsunterstützung wurden M 1843,50 ausgezahlt, an Krankenunterstützung M 6, an die Frauen der zum Seeresdienst eingezogenen Kollegen M 1094. Die Kasse hatte einschließlich des Restbestandes vom Jahre 1914 eine Einnahme von M 2006,45 und eine Ausgabe von M 1276,72, so daß ein Restbestand von M 729,73 verblieb. Auf Beschluß der Zweigvereinsversammlung leitet auch im Jahre 1916 der gesamte alte Vorstand die Geschäfte weiter.

### Fliesenleger.

Die Tarifverhandlungen des Zweigvereins Emil Dahler aus Gera. Am 21. pZt. wird uns geschrieben: In Nr. 51 des „Grundstein“ vom vorigen Jahre berichtete der Zweigverein Nürnberg, daß ein Zwischenunternehmer Emil Dahler in Nürnberg eine Arbeit übernommen hatte, an der er den mitbeschäftigten Fliesenleger die Tariflöhne nicht zahlte. Dahler versuchte in der letzten Zeit auch in Leipzig eine Geschäft zu geben. Wie er sich dabei aufgeführt, wollen wir kurz schildern. Einmal Tages kam ein auswärtiger Fliesenleger zu uns und meldete, daß er bei dem Unternehmer Dahler an der achten Bürgerstraße beschäftigt sei, Dahler aber die Tariflöhne nicht zahlen wolle. Wir hielten fest, daß die Firma Wölfe Söhne aus Weimburg, die in Leipzig eine Filiale hat, die Arbeit vom Rat der Stadt Leipzig übertragen bekommen, sie aber an Dahler weitergegeben hatte. Da in Leipzig das Zwischenmeisterstück stets mit aller Schärfe bekämpft wurde und da wir arbeitslose Fliesenleger hatten, die zunächst als hiesige Steuerzahler Anspruch auf Beschäftigung an dem städtischen Bau erheben konnten, leiteten wir uns mit der Firma Wölfe sofort in Verbindung. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Darauf machten wir dem Rat der Stadt Leipzig von dem Verhalten der Firma Wölfe und des Zwischenmeisters Dahler Mitteilung. Ein andern Tage übergab uns ein anderer Fliesenleger, der unangemessen und mit bei Dahler beschäftigt war, ein Schriftstück folgenden Inhalts:

Herrn Eduard Wiesner! Auf mein Schreiben bin ich ohne Antwort von Dir geblieben. Du solltest mir doch sofort mitteilen, wie alles dort steht und mir vor allem die Begehren schicken. Warum magst Du dieses nicht? Ich erwarte, daß Du dieses umgehend befragst. Der Firma Wölfe habe ich Anweisung gegeben, daß die Arbeit jeden Sonnabend den Lohn für geleistete Arbeit auszahlt. Fußbodenplatten pro Quadratmeter 95 pZt. einschließlich Arbeiter, Restlohn 30 pZt. pro laufendes Meter, glatte Sockel 30 pZt. pro laufendes Meter, Wandplatten M 3 pro Quadratmeter. Ich hoffe, diese ordnungsgemäß erledigt wird. Nächste Woche komme ich selbst nach dort. Gruß Dahler.

Die in dem Schreiben aufgeführten Sätze sind alle unter Tarif. Nach unserm Tarif mußte gesagt werden: Für Fußboden M 110, Restlohn 30 pZt., glatte Sockel 30 pZt., Wandplatten M 3,50. Der Fliesenarbeiter muß von der Firma gestellt werden. Nachdem wir diese Feststellungen gemacht hatten und nachdem eine weitere Verhandlung mit der Firma Wölfe ergebnislos verliefen war, verhängten wir die Sperre. Darauf erhielten wir von Dahler, der bereits vorher in unserm Bureau gewesen und dort sehr bereit aufgetreten war, folgendes Schreiben:

An den Deutschen Bauarbeiterverband, Leipzig.

In Nr. 27 der „Leipziger Volkszeitung“ haben Sie über die Fliesenarbeiten in der achten Bürgerstraße die Bauperre verhängt. Als Grund hierzu angeführt, daß ich die tarifmäßigen Löhne nicht bezahle, keine hiesigen Fliesenleger beschäftige und versuche, solche von auswärts nach hier zu bringen, um die hiesigen Löhne zu drücken und die Leipziger Fliesenleger arbeitslos zu machen, so daß diese gezwungen seien, Arbeitslosenunterstützung zu beziehen.

Diese Ihre Behauptungen sind vollständig aus der Luft gegriffen und sollen nur bezwecken, die öffentliche Meinung irrezuführen. Ich bezeichne Ihre lächerliche Veröffentlichung als eine bodenlose Frechheit. Eine bezugslose Unverschämtheit hätte ich dem Deutschen Bauarbeiterverband in Leipzig nicht zugemutet, vor allem schon deshalb, weil nachweislich gerade Leipziger Fliesenleger sehr oft nach anderen Orten kommen und unter dem Tarif arbeiten. Den Artikel in der „Volkszeitung“ werde ich sehr gut bedenken, wenn in Zukunft wieder Leipziger Leber nach anderen Orten kommen. Da Ihnen genau bekannt ist, daß drei Leipziger Fliesenleger am Bau der achten Bürgerstraße tätig sind und diesen Leuten von mir sowie auch von der Firma Wölfe Söhne ausdrücklich der tarifmäßige Lohn zugesichert worden ist und dieser auch bezahlt wird, so nehme ich an, daß Sie diese unwahre Behauptung nur aus Boswilligkeit veröffentlicht haben, um mich zu schädigen und im öffentlichen Ansehen herabzuwürdigen, daß ich mir eine solche Niedertrachtigkeit nicht gefallen lasse, brauche ich wohl nicht besonders zu erwähnen. Ich werde diese Angelegenheit unerbittlich der Staatsanwaltschaft übergeben, wenn Sie nicht vorziehen, sofort einen entsprechenden Widerruf in der heutigen „Volkszeitung“ zu bringen.

Sie verachte niedrige Einkünfte und hätte ich dem Deutschen Bauarbeiterverband in Leipzig nun doch nicht zugemutet. Jedenfalls bezwecken Sie mit dem Artikel ja nur Ihren Trabant ein wieder einmal zu zeigen, daß Ihre Tätigkeit nicht ganz einflusslos ist. Hochachtungsvoll

Emil Dahler, Techniker.  
Dieses Schreiben zeigt wohl zur Genüge, mit wem wir es bei Dahler zu tun haben. Obwohl wir das Original



